

Auszeichnung als UN-Dekade-Projekt 2005/06:
„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UNESCO)

Preisträger 2004: „Global vernetzt - lokal aktiv“
(Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung)

Anerkennung 2004: „Nachbarschaft gewinnt“
(Bayerisches Staatsministerium für Umwelt,
Gesundheit und Verbraucherschutz)

Anerkennung 2001: „Lokale Agenda 21“
(Bayerisches Landesamt für Umweltschutz)



c/o EineWeltHaus - Schwanthalerstr. 80 RG, 80336 München – Tel: 089-856375-23 – Fax -25 – www.nordsuedforum.de – E-Mail: info@nordsuedforum.de

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Staatsminister Joachim Herrmann
Postfach
80524 München

München, 25.07.11

Offener Brief an Staatsminister Herrmann

Extremismusklausel für München – Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 25. März 2011

Sehr geehrter Minister Herrmann,

Die Beflissenheit, mit der ein verfassungsrechtlich bedenklicher und sehr umstrittener Vorstoß des Bundesministeriums erweitert auf die Münchner kommunale Ebene zugeschnitten werden soll, befremdet uns sehr.

Der im März 2011 von der CSU-Stadtratsfraktion eingebrachte Antrag sieht vor, von Zuwendungsempfängern der LHM ein schriftliches Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen. Damit soll zur Sicherung eben dieser Grundordnung beigetragen werden.

Wir sind der Münchner Zusammenschluss und Dachverband zivilgesellschaftlicher, meist ehrenamtlich und basisdemokratisch organisierter Vereine und Initiativen der Eine Welt Arbeit. Wir tragen mit unserer Arbeit mit Sicherheit zu einer lebendigen Demokratie bei; hier und nach Kräften auch in anderen Ländern.

Den Antrag der CSU-Stadtratsfraktion bewerten wir als nicht durchdacht, kontraproduktiv und überflüssig; die darin vorgeschlagenen Mittel als untauglich. Abgesehen von allen (bereits auf anderen Ebenen heftig umstrittenen) grundsätzlichen inhaltlich und juristisch bedenklichen Fragen in Zusammenhang mit „Extremismusklauseln“ haben sich die Antragsteller wohl kaum die Tragweite und Konsequenzen ihres Begehrens vor Augen gehalten.

Würde dem Antrag stattgegeben, müsste er auf kommunaler Ebene von der Verwaltung umgesetzt werden. Die von Ihrer Partei auf Landesebene ausgegebenen Losungen von Bürokratieabbau, Verschlanung des Verwaltungsapparats und des Sparens müssten konterkariert werden. Von der Personal- und Finanznot in den Kommunen ganz zu schweigen.

Weder lustig noch zielführend erschiene uns auch das sicher unvermeidbare behördliche Definitions- und Zuständigkeitsgerangel, wer von wem den demokratischen Persilschein im Fall öffentlicher Förderung oder Antragstellung auf Förderung einzuholen hätte, z.B.

FÜR EINE SOLIDARISCHE WELT

GEFÖRDERT DURCH DAS KULTURREFERAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

NORD SÜD FORUM MÜNCHEN E.V. KONTO-Nr.: 8833100 BLZ 70020500 BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT, MÜNCHEN

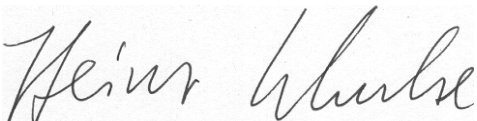
FÜR INTERNATIONALE ÜBERWEISUNGEN: BIC: BFSWDE33MUE - IBAN: DE 29 7002 0500 0008 833100 BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT, MÜNCHEN

- bei Teilen der Vertriebenenverbände
- bei König-Ludwig-Vereinen oder anderen, die eine Wiederherstellung der Monarchie erstreben.
Und: Wer kümmert sich um die Gruppierungen, die ein autonomes Franken wollen? Wer um die Partei Die Linke und deren öffentlich geförderte Stiftungen, die ja nach wie vor im Verfassungsschutzbericht Erwähnung finden? Wer um öffentlich geförderte Häuser, deren Klowände mit links- oder rechtslastigen Sprüchen verunziert sein könnten? Wir bezweifeln, dass sich ehrenamtliche Kontrollbrigaden z.B. der Jungen Union dieses Problems annehmen würden.

Für Organisationen wie die unsere, die im kulturellen und sozio-politischen Bereich Künstler oder ReferentInnen aus aller Herren Länder mit Münchner Publikum zusammenbringen, ist die im Antrag der CSU-Stadtratsfraktion enthaltene Forderung weltfremd und absurd, dafür Sorge tragen zu sollen, dass „Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten“. Die Vorstellung, Bürger- und MenschenrechtlerInnen, IndigenenvertreterInnen, TrägerInnen des Alternativen Nobelpreises, Botschafter, Oppositionsführer und spätere Abgeordnete, Theaterleute, Pantomimen, SchriftstellerInnen oder auch Fast-AnalphabetInnen im Vorfeld seriös über die Ziele des deutschen Grundgesetzes informieren zu sollen, ist ebenso grotesk wie das erforderliche darauf folgende Prozedere. Wir müssten diesen Menschen, die aus Ländern mit eigenen Verfassungen kommen, vermitteln, dass unsere Bürokratie ihre Gesinnung auf die Ziele unseres Grundgesetzes festnageln will. Wir müssten, oder wie sollten wir ihre Unbedenklichkeit sonst nachweisen können, von ihnen im Vorfeld ein entsprechendes Bekenntnisformular (in welcher Sprache bitte?) einholen. Eine Zumutung für die Gäste, deren Unverständnis wir nachvollziehen könnten, und auch für uns.

Es scheint uns ratsam, Ihre Münchner Parteigenossen beiseite zu nehmen und ernsthaft zu besprechen, ob es nicht klüger wäre, ohne großes Aufsehen den genannten fragwürdigen Antrag wieder aus dem Münchner Verkehr zu ziehen. Das wäre das Beste für Politik, Verwaltung, Vereine und Initiativen sowie für die Ziele unseres Grundgesetzes und den lebendigen, kritischen Dialog in unserer Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz Schulze
(Vorstandsvorsitzender)